

Die Gleichheit

Zeitschrift für Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen

Mit der Beilage: Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
7. Juni 1918

Zuschriften sind zu richten
an die Redaktion der Gleichheit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 14838.
Expedition: Stuttgart, Furtwachsstraße 12.

Der Wahlrechtskampf in Preußen.

Von Paul Hirsch, Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhauses.

Der bisherige Verlauf des Wahlrechtskampfes bedeutet einen Sieg der preussischen Junker auf der ganzen Linie, zugleich aber auch die völlige Bankrotterklärung des Dreiklassenparlaments, überhaupt eine brauchbare Wahlreform zustande zu bringen. Was das Abgeordnetenhaus nach langwierigen Vorberatungen in der Kommission und ausgedehnten Plenardebatten in dritter Lesung zustande gebracht hat, ist, rein formell betrachtet, das Muster eines Gesetzes, wie es nicht sein soll. Es ist zwar in § 1 gesagt, wer wahlberechtigt ist, und § 2 zählt die Gründe des Ausschlusses vom Wahlrecht auf, aber an Stelle des § 3, der in der ursprünglichen Regierungsvorlage das gleiche Wahlrecht vorsah, finden wir eine Lücke. Trotzdem ist hinterher in § 25a die Rede von Zusatzstimmen, die die Kriegsteilnehmer auf Grund der § 3b und 3d, das heißt der gestrichenen Paragraphen, unter gewissen Voraussetzungen erhalten können. In diesem Torso von Gesetz kommt die ganze Hilflosigkeit der sogenannten preussischen Volksvertretung zum Ausdruck, die zum ersten Male, wo sie vor die Aufgabe der Durchführung einer wirklich großzügigen Reform gestellt ist, völlig versagt.

Aber weit bedeutender als diese äußerlichen Formalitäten sind die materiellen Beschlüsse, die das Haus gefaßt hat. Da ist zunächst durch die Heraushebung der Altersgrenze von dem 24. auf das 25. Lebensjahr, durch die Vorschrift einer dreijährigen Staatsangehörigkeit und eines einjährigen Wohnsitzes oder Aufenthalts in der Gemeinde der Kreis der Wahlberechtigten wesentlich eingeschränkt worden. Alle Versuche der sozialdemokratischen Fraktion auf Ausdehnung der Wahlberechtigung scheiterten an dem starren Nein der übergroßen Mehrheit des Abgeordnetenhauses und der Regierung. Daß auch der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen gegen wenige Stimmen abgelehnt wurde, versteht sich von selbst. Außer den 10 Sozialdemokraten beider Richtungen fanden sich nur noch die 12 Polen, insgesamt also 22 von 443 Abgeordneten, bereit, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum wollen grundsätzlich nichts vom Frauenstimmrecht wissen, die Fortschrittler sind wohl in der Theorie dafür zu haben, aber in der Praxis versagten sie unter dem nichtigen Vorwand, daß man die Vorlage nicht allzusehr belastet dürfe.

Wie auch immer die Reform schließlich aussehen wird, die Forderung der Gleichberechtigung der Geschlechter wird nicht wieder verschwinden. Eingedenk des Wortes unseres August Bebel: „Spricht man von der Gleichheit aller Menschheit, dann ist es ein Unding, davon die Hälfte des Menschengeschlechts ausschließen zu wollen“ wird die Sozialdemokratie im Parlament, in Versammlungen und in der Presse für eine Erweiterung der Rechte der Frauen kämpfen, und sie wird sich dabei der Hilfe aller derer bedienen, die mit Bebel

den Standpunkt vertreten, daß es keine Befreiung der Menschheit gibt ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.

Die Dreiklassenmänner freilich wollen nicht nur keine Gleichheit der Geschlechter, sondern auch keine Gleichheit des Wahlrechts desjenigen Teiles der männlichen Wähler, denen sie so gnädig waren, die Wahlberechtigung zugestehen. Diese Ungleichheit äußert sich einmal in der Berechtigung der auf der Bevölkerungsziffer von 1858 beruhenden, das platte Land gegenüber den Städten begünstigenden Wahlkreiseinteilung, die nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses nur mit einer Zweidrittelmehrheit in jeder der beiden Kammern geändert werden soll, und zweitens in der Beseitigung des Kernstücks der Reform, des gleichen Wahlrechts.

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht entbehrt nicht einer gewissen Komik, die allerdings schlecht in diese ernste Zeit hineinpaßt. In der Kommission war das gleiche Wahlrecht mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt und durch ein plutokratisches Sechstimmwahlrecht ersetzt worden. Zu den konservativen und freikonservativen Gegnern des gleichen Wahlrechts hatten sich noch drei von den sechs Nationalliberalen gestellt, diese Partei hatte sich also selbst ausgeschaltet. Das Zentrum stimmte geschlossen dafür, es konnte sich dies Vergnügen leisten, da ja die Ablehnung sicher war. Anders im Plenum; hier kamen den Wahlrechtsfeinden etwa 25 Mitglieder der Zentrumsfraktion zu Hilfe, die teils offen gegen das gleiche Wahlrecht stimmten, teils durch Abwesenheit glänzten, teils sich der Stimme enthielten. Die Folge war, daß das Verhältnis sich für die Wahlrechtsfreunde noch ungünstiger gestaltete, in zweiter Lesung wurde das gleiche Wahlrecht mit 183 gegen 235, in dritter Lesung mit 185 gegen 236 Stimmen abgelehnt.

Während das Plenum aber in zweiter Lesung das Sechstimmwahlrecht der Kommission bestätigt hatte, versagte plötzlich in dritter Lesung der rechte Flügel der Nationalliberalen den Konservativen, mit denen er bis dahin durch dick und dünn gegangen war, die Heeresfolge, er war nur noch für ein Dreistimmwahlrecht zu haben. So kam es denn, daß alles abgelehnt und überhaupt kein Stimmrecht beschlossen wurde. Würde die Vorlage in der Fassung dritter Lesung Gesetz, woran allerdings nicht zu denken ist, so hätten wir in Preußen also ein Wahlrecht ohne Stimmrecht, und das Wort des Fürsten Bülow: „Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran“ wäre — allerdings als politische Farce — zur Wahrheit geworden.

So ist denn das Ergebnis der dritten Lesung ein völlig unbefriedigendes, unbefriedigend für die Freunde des gleichen Wahlrechts, unbefriedigend für die Gegner der Reform, unbefriedigend für die Regierung. Aber damit ist das Spiel nicht zu Ende, denn nach der Verfassung findet zunächst eine nochmalige Abstimmung im Abgeordnetenhaus statt, die sich in den Formen der dritten Lesung vollzieht. Erfolgt dann auch nur die geringste Änderung, so geht wiederum frühestens nach drei Wochen eine neue Beratung vor sich. Erst wenn die

zuletzt gefaßten Beschlüsse bestätigt sind, gelangt die Vorlage an das Herrenhaus, und da auch hier die Fristen eingehalten werden müssen, so kann das Spiel noch lange fortgesetzt werden.

Bedauerlicherweise besteht keine Hoffnung, daß die Regierung diesem frevelhaften Treiben mit den höchsten idealen Gütern des Volkes ein Ende macht. Anstatt nach der Ablehnung, zum mindesten aber nach der wiederholten Ablehnung des gleichen Wahlrechts ein Machtwort zu sprechen und das Abgeordnetenhaus aufzulösen, nimmt sie eine abwartende Haltung ein. In dem gleichen Wahlrecht hält sie, wie der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg unmittelbar nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses erklärte, zwar „unverrückbar“ fest; sie ist auch entschlossen, zu dessen Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, sie will jedoch noch den zeitraubenden Weg über das Herrenhaus machen, und erst, wenn dieses verjagt, „wird die Auflösung des Hauses zu dem nächsten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigem Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.“

Wenn die Regierung glaubt, mit dieser Erklärung Eindruck zu machen, so irrt sie. Die sofortige Auflösung wäre als entschlossene Tat von der überwältigenden Mehrheit des Volkes mit Jubel begrüßt worden, diese Politik des Zauderns betrachten die weitesten Volkskreise mit Recht als Entgegenkommen gegen die Wahlrechtsfeinde, die ihrerseits sich auf nichts einlassen, sondern statt des Fingers die ganze Hand haben wollen.

Und weit genug ist die Regierung den Gegnern des gleichen Wahlrechts wahrlich schon entgegengekommen. Sie hat sich einverstanden erklärt mit den sogenannten Sicherungen des Zentrums, die der neuen, auf Grund eines freiheitlichen Wahlrechts gewählten Volksvertretung von vornherein die Hände binden wollen in der Schul- und Kirchenpolitik, und sie will über eine Alterszusatzstimme mit sich reden lassen. Was würde dann noch von der Reform übrigbleiben? Auf der einen Seite ein Durchbrechen des Prinzips des gleichen Wahlrechts in mehrfacher Hinsicht, auf der anderen Seite Verschlechterungen über Verschlechterungen, die den Vorteil des neugeschaffenen Wahlrechts doppelt und dreifach aufwiegen.

Eine solche Reform würde, selbst wenn sich dafür eine Mehrheit im Parlament fände, völlig belanglos sein, der Wahlrechtskampf würde dann mit größerer Festigkeit als zuvor einsetzen. Deshalb würde die Regierung auch von ihrem Standpunkt aus klüger handeln, wenn sie sich nicht länger aufs Abwarten legte, sondern den Fehdehandschuh, den ihr das preußische Junkertum hingeworfen hat, aufnahm. Die Zeit, die sie jetzt untätig zuseht, ist unwiederbringlich verloren.

Welche Episoden wir in diesem Kampf um die Verfassungsreform noch erleben werden, läßt sich nicht voraussagen. Das eine aber sollten alle wirklichen Anhänger des gleichen Wahlrechts aus dem bisherigen Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen gelernt haben, daß sie nur auf ihre eigene Kraft vertrauend ans Ziel gelangen werden. Zweierlei Möglichkeiten gibt es: Entweder es kommt doch noch ein Wahlgesetz zustande, dann aber nur ein solches, das die Wahlrechtsfreunde kaum als Abschlagszahlung betrachten können, oder das Abgeordnetenhaus wird aufgelöst, und die Regierung appelliert an das Volk. Im ersteren Falle geht der Kampf weiter, und zwar zugleich gegen die Wahlrechtsfeinde und gegen die Regierung, im letzteren Falle gegen die Wahlrechtsfeinde allein.

Sich auf alle Eventualitäten zu rüsten, schon jetzt die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen, ist Pflicht aller derer, denen es Ernst ist mit der Erringung von Volksrechten, nicht zuletzt der Frauen, die im Interesse ihrer eigenen Wahlrechtsforderung und im Interesse der Zukunft ihrer Kinder nicht untätig dabei stehen dürfen, wenn es gilt, an Stelle des alten ein neues Preußen zu errichten, an Stelle des Klassenstaats einen Volksstaat, der jedem ohne Unterschied des Geschlechts seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung gewährleistet.

Heimat.

Meine Sehnsucht fliegt von dem zu dem,
Und allen ist sie unbequem.
Wißt ich nicht, wo ein treues Herz,
Das Leben würf ich hinterwärts.

Ich bin euch fern, mein Weib, mein Kind;
Bin dort, wo Stunden Hölle sind.
Die Träne, die ich just verschluckt,
Sie hat mir lang im Aug gejudt.

Jetzt will ich nichts, als in euch ruhn,
Nichts andres denken, andres tun.
Ihr Heimatträume, spinnt mich ein!
Mag dann die Hölle — Hölle sein.

Karl Bröger.

Politische Umschau

Im politischen Leben der letzten Wochen gab es reichliche Abwechslung. Ein Ereignis überstürzte das andere. Aber Erfreuliches ist für das Volk dabei leider nicht herausgekommen. Fast vier entsetzliche Kriegsjahre haben uns — besonders uns Frauen — gelehrt, alle politischen Fragen unter dem Gesichtswinkel zu betrachten: Bringen sie uns dem ersehnten Frieden näher? Es sieht aber im Augenblick aus, als ob wir von diesem Ziele weiter abgetrieben würden, anstatt ihm näher zu kommen.

Zwar wurde am 8. Mai auch der Friede mit Rumänien geschlossen, aber es ist kein eigentlicher Friede der Verständigung. Rumänien braucht zwar keine Kriegsschädigung zu zahlen, die wirtschaftlichen Abmachungen bedeuten jedoch kaum etwas anderes. Die Grenzen sind so berichtigt worden, daß Österreich ungefähr 600 und Ungarn 5000 Quadratkilometer Landgewinn erhalten; Rumänien soll sich dafür in Bessarabien, also auf Kosten Rußlands, schadlos halten.

In der Ukraine wurde am 5. Mai mit Hilfe der Mittelmächte die republikanische Regierung abgesetzt und dafür der Hetman (Stosakengeneral) Skoropadski als Diktator eingesetzt. Damit haben zunächst die Großagrarien in der Ukraine die Macht in die Hand bekommen. In Finnland, Rußland und Sibirien ist alles in Gärung und Entwicklung begriffen; kein Mensch kann sagen, was werden will. Die bisherige Ordnung der Dinge im Osten hat zu einer Verständigung der Völker leider nicht beigetragen.

Die englische Regierung kämpft gegen jede Friedensströmung. Friedensversuche der Mittelmächte werden schon als Fuchsfallen bezeichnet, ehe nur überhaupt festgestellt, ob solche Angebote wirklich in Vorbereitung sind. Immer wieder wird betont, daß Friedensgedanken „in diesem Augenblick ganz zwecklos sind“. Wann wird in England der Friedensgedanke diskutiert sein? Angeblich kämpft England für die Freiheit der Völker, aber in Irland sehen die Dinge nicht danach aus. Seit Jahren ist Irland Homerule, die Selbstverwaltung, versprochen worden; die militärische Dienstpflicht wurde mit Rücksicht auf die erregte Stimmung in Irland zwar hinausgeschoben, aber für den „freiwilligen“ Kriegsdienst wird ein starker Druck ausgeübt. Jetzt sind Massenverhaftungen erfolgt, angeblich wegen deutschfreundlicher Propaganda.

Trotz allem ist ein Regierungswechsel in England kaum zu erwarten; Lloyd George steht noch fest und damit die Idee, daß Deutschland niedergezwungen werden müsse. Und in Deutschland bekommen indes die Leute immer mehr Oberwasser, welche das Heil in der völligen Niederzwingung Englands sehen. In Frankreich wird noch immer über den Brief des österreichischen Kaisers diskutiert, worin dieser die Ansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen als gerecht anerkannt haben soll. Für unsere Friedenssehnsucht und Hoffnung ist daran nur von Interesse: Sind die Behauptungen der französischen Regierung richtig, dann war sie also nicht einmal unter solchen Bedingungen zum Frieden bereit? Das Ergebnis der Kaiserbriefaffäre ist, sicher gegen die Absichten der Entente, gewesen, daß zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn ein „Waffenbund“ geschlossen wurde.

Unsere Regierung tut inzwischen im Innern alles, um nicht in den Ruf einer „freiheitlichen“ Gesinnung zu geraten. Der König von Preußen, der gleichzeitig Kaiser von Deutschland ist, hatte in der vorjährigen Osterbotschaft dem preußischen Volke das gleiche Wahlrecht zum Preussischen Landtag versprochen, und die Regierung hatte sich für die Einlösung des Wortes verbürgt. Aber die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen (Großagrarien und Schwer-

industrielle) wollten es nicht. Sie halten das preussische Volk zwar für gut genug, fürs Vaterland zu sterben, aber nicht für gut genug, um an seiner Entwicklung mitzuarbeiten. Die Regierung drohte, daß sie den Widerstand mit „allen verfassungsmäßigen Mitteln“ brechen werde, und dann — verhandelte und verhandelt sie mit schier unerschöpflicher Langmut! (Siehe den Leitartikel dieser Nummer.)

Anstatt uns Freiheiten zu geben, verkürzt man uns die Brot ration ab 18. Juni. Ist diese Maßnahme unbedingt notwendig in der Zeit des blühenden Schleichhandels? Es ist auch noch in aller Erinnerung, daß im vorigen Hungerjahr alles Getreide zu neuen Frühbruschkörnern gedroschen wurde.

Im Reichstag beschloß die Mehrheit, neue direkte Steuern einzuführen, um die Lasten des Reiches zu einem Teil von den Leuten tragen zu lassen, an denen der Krieg wirtschaftlich spurlos vorübergegangen ist oder die er gar noch unermesslich bereichert hat. Aber die einzelstaatlichen Finanzminister wehren sich, die direkten Steuern wollen sie für sich behalten, das Reich soll nur indirekte Steuern erheben dürfen. Das Volk soll zwar noch weniger, aber dafür um so teurer zu essen bekommen; der Besitz muß geschont werden.

Eine erfreuliche Botschaft für die zukünftige Neugestaltung der Dinge in der sozialdemokratischen Partei belundete das Wahlergebnis im Bückeburger Kreise. Obwohl der bisherige Vertreter, der alte Stolle, persönlich die größte Achtung genoss, haben seine langjährigen Wähler seiner „unabhängigen“ Politik das schärfste Mißtrauensvotum ausgesprochen. Das ist nach Spandau-Diñabelland und Niederbarnim das dritte und in mancher Beziehung sicherste Zeugnis von dem gesunden Sinn der deutschen Arbeiter und für die Richtigkeit der Politik der alten sozialdemokratischen Partei.

Klara Bohm-Schuch.

Drei Milliarden Kriegsteuern.

Von Wilhelm Reil, Mitglied des Reichstags.

Der Weltkrieg zwingt uns neue Maßstäbe auf. In den Kriegen früherer Jahrhunderte zählten die Heere nach Zehntausenden. Im Dreißigjährigen Krieg haben in keiner Schlacht auf einer Seite mehr als 40000 Mann gestanden, und die gesamte Streitmacht auf beiden Seiten zusammen hat im Höchststand 200000 Mann nie wesentlich überschritten. Im gegenwärtigen Weltkrieg stehen ungezählte Millionen unter

den Waffen, und selbst die einzelnen Schlachten werden mit einem Einsatz an Mannschaften begonnen, der sich nach Millionen beziffert. Die Opfer einer einzigen Schlacht sind größer, als früher die Opfer monate- oder jahrelanger Kriege waren. Wie ungeheuerlich erscheinen uns die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges! Und doch hat er Deutschland, das die Hauptkosten zu tragen hatte, einschließlich der unmittelbaren Kriegskosten „nur“ etwa 11 Milliarden Mark gekostet. Der gegenwärtige Krieg dagegen hat dem deutschen Volke allein bis jetzt eine Ausgabe von etwa 125 Milliarden Mark verursacht. Alle kriegführenden Völker zusammen dürften bis jetzt rund 500 Milliarden Mark der Kriegsfurie zum Opfer gebracht haben, wobei aber der Wert der zerstörten Gebiete nicht mitgerechnet ist.

Die deutsche Kriegsfinanzpolitik hat die ganzen Ausgaben für die Kriegführung durch Anleihen aufgebracht. Rund 88 Milliarden Mark sind durch acht Kriegsanleihen zusammengebracht worden. Die weitere Summe von etwa 37 Milliarden Mark ist vorläufig in Form kurzfristiger Darlehen von Banken, kapitalkräftigen Gesellschaften und Einzelpersonen vorgeschossen worden. Die Steuerpolitik des Deutschen Reichs beschränkt sich während des Krieges darauf, die Einnahmen zu beschaffen, die zur Verzinsung der Kriegsschulden gebraucht werden. Bei fünfprozentiger Verzinsung sind zur Befriedigung der Reichsgläubiger nach dem gegenwärtigen Schuldenstand etwa 6 Milliarden Mark jährlich nötig. Wenn man bedenkt, welche Aufregung und Kämpfe in den vergangenen Friedensjahren mit der Beschaffung von einigen hundert Millionen neuer Steuereinnahmen verbunden waren, so erscheint die Summe von 6 Milliarden geradezu unerschwinglich. Sie ist aber noch gering im Vergleich mit den gewaltigen Steuerleistungen, die zum Beispiel das englische Volk in der Kriegszeit auf sich genommen hat. Im Jahre 1918 bringt das englische Volk rund 13 Milliarden Mark mehr an Steuern auf als im letzten Friedensjahr und deckt damit nicht nur die Zinsen seiner Kriegsschuld, sondern zahlt sofort einen Teil der Kriegskosten. Zu fast neun Zehntel gewinnt England seine Mehreinnahmen aus der Besteuerung des Besitzes, nur etwa 1,4 Milliarden zieht

Feuilleton

Wenn die Rose selbst sich schmückt,
Schmückt sie auch den Garten.

Rüder.

Ist so das Glück?

Von Werner Peter Larsen (München).

Er hatte so gute Gedanken, dieser Professor! Gar nicht wie Professoren sie sonst haben, die sich in ihren Denkstuben und Ateliers einspinnen in Schulen und Methoden, bis kein Lufthauch mehr an sie heran kann und sie vertrocknen müssen mißsam ihren Theorien. . . .

Er hatte so gute Gedanken: kein Wunder, daß der Andrang zum Atelier enorm war. Daß aus seinen Schülern etwas wurde. Daß seine Klasse die beste war.

Wie arbeitete er aber auch! Wie suchte er auf Schritt und Tritt zu fördern!

Was hatte er für Modelle an der Hand!

Haben Sie je ein Modell gesehen? So ein richtiges Berufsmodell, das seine acht bis zehn Stunden täglich „steht“, wenn nicht noch mehr? Das — wo es auch sei — ständig posiert: im Atelier, in der Elektrischen, auf der Straße, ja selbst nachts plötzlich träumt, es stehe zu einem antiken Ringkampf, und das Deckbett drückt und würgt, als wolle es ihm die Rippen brechen.

Diese Menschen sind schrecklich: man sieht ihnen den Verus an der Nase an. Sie kennen jede Stellung, stehen alle mit demselben Ausdruck und fühlen keine. Sie haben sie zu Hunderten von Malen gestanden.

Solche Modelle hatten wir nie.

Eines Tages aber staunten wir doch. Das war in der Abendklasse, als das Modell kam, das ich nie vergessen werde: die „Göttin des Glücks“.

Ein Mädchen — fast noch ein Kind.

Sie stand in einem weißen Gewand, ein Füllhorn in den Händen und lächelte. . . wie ich noch niemanden lächeln gesehen.

Selbst das „große Licht“ schmunzelte. Und wenn er, der kommende Messias — o ja, wir waren gewiß entzückt.

So malten wir denn, und ich zerbrach mir den Kopf, wer sie sein möge, und konnte das Gefühl nicht los werden, sie habe etwas Bedrücktes an sich.

Als die Pause kam, ging sie erregt auf und ab. Ich sah: das erste Mal. Sie hätte sonst gewußt, wie nötig es ist, zu ruhen.

Und dann stand sie wieder im elektrischen Licht und lächelte. Und wir arbeiteten fieberhaft, die Skizze zu vollenden. . . .

Einmal ließ sie das Füllhorn sinken und presste die Hand an die Augen. Da kam ein schmerzlicher Zug in ihr Gesicht, und als sie die Hand entfernte, war sie müde und bleich. Aber vielleicht irrte ich mich. Vielleicht schien es nur so. . . .

Dennoch: Modell stehen — selbst einfache Stellungen — ist nicht leicht. Die erste Stunde geht noch. Die übrigen aber! Das zwickt und brennt und reißt in allen Gliedern und lähmt die Beine und krampft die Arme zusammen, bis sie herabsinken. . . .

Das Füllhorn zitterte. Erst nur wenig, dann mehr und mehr. Und die Hände sanken herab und das Lächeln wurde müder. . . .

Das „große Licht“ runzelte die Stirn. Was sollte das heißen? Warum lächelte sie nicht? Er brauchte doch das Lächeln! Müde? Da soll man nicht Modell werden. Das Lächeln wollte er haben. Und er frommelte nervös auf der Platte.

„Ditt schön. . .“ sagte er.

es mehr aus den Zöllen und indirekten Abgaben heraus als im Frieden.

In Deutschland hat man umgekehrt den Verbrauch der breiten Massen mit großen Mehrlasten belegt und den Besitz nur zögernd herangezogen. Im Jahre 1916 wurden die ersten Kriegssteuern vom Reichstag beschlossen. Sie bestanden in erhöhten Abgaben vom Tabak, in einem erhöhten Frachtbriefstempel, in einer Kriegsabgabe, die mit den Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren erhoben wird, und in einer Abgabe vom Warenumsatz. Zusammen wollte man mit diesen Steuern jährlich 700 bis 800 Millionen Mark hereinbringen. Gleichzeitig wurde die Kriegsgewinnsteuer eingeführt. Im Jahre 1917 kam die Steuer auf den Personen- und Güterverkehr und die Kohlensteuer hinzu mit einem geschätzten Ertrag von 800 Millionen Mark. Die Kriegsgewinnsteuer wurde jetzt um 20 Prozent erhöht. Da die Kriegsgewinnsteuer nur eine einmalige Abgabe ist, sollte ihr Ergebnis nicht zur Deckung laufender Ausgaben, sondern zur Schuldentilgung verwendet werden. Die Mehreinnahmen aus den anderen Steuern reichten aber nicht aus zur Bestreitung des laufenden Bedarfs, und so verwendete man schließlich doch einen Teil der Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer für diesen Zweck.

Trotzdem nun die Einnahmen aus den neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern von Jahr zu Jahr weiter stiegen, weist der Reichshaushaltsplan für 1918 wieder einen Fehlbetrag von 2875 Millionen Mark auf, der durch neue Steuern gedeckt werden muß. Diese Summe hofft der Reichsschatzsekretär durch ein ganzes Bündel neuer Steuervorlagen flüssig machen zu können. Die Kriegsgewinnsteuer, die zunächst nur für drei Jahre berechnet war und deren Ergebnis sich auf 5,7 Milliarden Mark belief, soll für das vierte Kriegsjahr von den Unternehmergesellschaften erhoben werden. Das Ergebnis dieser Steuer schätzt man auf 500 bis 600 Millionen Mark. Die gesetzliche Regelung der Kriegsgewinnsteuer für die Einzelpersonen im vierten Kriegsjahr will das Reichsschatzamt noch verschieben. Sodann soll die Börse mit neuen Abgaben im Betrage von etwa 200 Millionen Mark bedacht werden. Diese beiden Steuerarten werden so gut wie ausschließlich den Besitz belasten. Das

gilt im großen und ganzen auch noch von der Schaumweinsteuer, die 103 Millionen mehr bringen soll. Aber schon die neue Reichsweinsteuer, von der man einen Ertrag von rund 100 Millionen Mark erwartet, kann nicht mehr als reine Besitzsteuer angesprochen werden. Bei den heutigen Weinpreisen kann sich freilich die Arbeiterfamilie kein Gläschen Wein mehr gestatten. In Friedenszeiten galt aber der Wein in den Gegenden, in denen er gebaut wird, nicht lediglich als Getränk der Reichen, und wir können auch nicht wünschen, daß er künftig nur den zahlungsfähigen Schichten als Genußmittel diene. Der Wein ist überdies ein Stärkungsmittel für Kranke, denen er nicht verteuert werden sollte. Neben dem Wein soll das Bier mit 340 Millionen, der Branntwein mit 600 bis 650 Millionen mehr belastet werden, und selbst Mineralwasser und Limonaden sollen nebst Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade, die wir aber frühestens nach Friedensschluß wieder in Deutschland sehen werden, mit 125 Millionen Mark zu den Reichslasten herangezogen werden. Der Gedanke, den Branntweingroßhandel in Reichsverwaltung zu nehmen, ist an sich zu billigen. Noch besser wäre es, wenn zugleich auch die Branntweinerzeugung vom Reich selbst in die Hand genommen würde. Hiergegen wehren sich aber die großen privaten Schnapsbrenner, die besonders im Osten Preußens haufen. Ob nun eine so große steuerliche Mehrbelastung, wie sie geplant ist, sich rechtfertigen läßt, ist sehr zu bezweifeln. Den Schnapsgenuß kann man, wie die Erfahrung anderer Staaten lehrt, mit hohen Steuern nicht ausrotten. Eine übermäßige Verteuerung des Schnapses kann aber leicht zur weiteren Verelendung moralisch schwacher Menschen führen. Die Besteuerung des Bieres mit 12 Pf. für das Liter Vollbier, wobei nicht mehr nach dem Malzgehalt, sondern nur noch nach der Menge des fertigen Fabrikats gefragt wird, muß von den breiten Massen sehr drückend empfunden werden. Das Bier gilt nun einmal als ein unentbehrliches Volksgetränk, und daran wird sich kaum etwas ändern. Noch bedenklicher aber ist die Steuer auf Mineralwasser und Limonaden. Diese Getränke sind bisher als Mittel gegen den Alkoholgenuß empfohlen und vielfach in Großbetrieben zu billigen Preisen an das Personal

Da schloß sie die Augen — senkte den Kopf — wankte — Das Hüllhorn fiel krachend in die Klasse. Dann brach sie zusammen.

Der Professor kam. Man trug sie in sein Atelier und neigte ihr Stirn und Brust mit Wasser.

Jemand lief zu einem Arzt. Einer gab ihr Salvia zu riechen. Ein anderer wollte sie mit Nadeln stechen.

Ihr Puls ging schwach. Um die Augen zuckte es.

Endlich kam der Arzt.

„Unterernährung — nichts gegessen — und dazu die Aufregung — das erste Mal! ...“

Dann trug man sie fort.

„Phui Denbel!“ sagte das „große Licht“. „Diese Weiber! In Ohnmacht zu fallen! Wo ich fast fertig bin!“

„Unterernährung“ hat der Arzt gesagt. Und vielleicht obdachlos. Und keinen Menschen. Niemanden. ...

Und hatte doch so lange gelächelt!

Arme „Göttin des Glücks“!

(Nachdruck verboten.)

Frösche.

(Schluß.)

Aufzeichnungen eines Vaters. — Von Karl Bröger.

Vom Auto und vom Baumfisch.

Langsam wird Frösche klar über Name und Zweck seiner Umwelt. Er konnte wie jedes Kind vor allen anderen Dingen zuerst Mutter und Vater bezeichnen.

Jetzt ist ihm der erste Sachbegriff ausgegangen — das Auto! Ja, ja die Umwelt! Wahrscheinlich lernen tausend Kinder gleichen Alters ganz andere Dinge zuerst kennen, auf dem Land die Kuh oder die Gans. In der Großstadt läuft dieses nützliche Viehzeug nicht mehr frei, und die Kinder der Stadt müssen schon ein Bilderbuch zu Hilfe nehmen, wenn sie sich über Gestalt und Wesen dieser Tiere eine Vorstellung bilden wollen.

Das Auto war also Frösches erster starker Sacheindruck. Es gab eine Zeit, da bestand sein ganzer Sprachschatz aus „Papa“, „Mama“ und „Auto“, derart aber, daß das Auto viel öfter über seine Lippen lief als Mama und Papa zusammengenommen. Von einer förmlichen Automanie war Frösche damals befallen. Was nicht stillstand, was überhaupt nur die Fähigkeit hatte, den Klay zu wechseln, war „Auto“. Den Kinderstuhl, Vaters Pantoffeln, einen auf Nadeln laufenden Hund, den Ball und noch ein Duzend anderer Gegenstände saßt Frösche in dem Gattungsnamen „Auto“ zusammen.

Ausgegangen ist die Entdeckung des Autos ursprünglich von der elektrischen Straßenbahn, deren erste Bekanntmachung für Frösche ein großes Ereignis war. Seitdem beweist er liebevolle Anhänglichkeit für die Straßenbahn. Ein Zübelausbruch begrüßt jeden Wagen. Dabei begnügt sich Frösche durchaus nicht etwa mit der platonischen Betrachtung des Wagens. Er erinnert sich sehr deutlich an das Vergnügen einer Straßenbahnfahrt. Recht häufig dieses Vergnügens teilhaft zu werden, ist sein eifriges Bestreben, und Vater verschafft sich einen Stein im Brett, wenn er bei launiger Gelegenheit einen Zehner opfert und mit Frösche irgendwohin fährt. Da leuchten die Augen des kleinen Mannes hell, auf der ganzen Strecke entgeht nichts dem flinken Blick, und das Entzücken wird voll, wenn wieder eine Haltestelle kommt. Frösche trägt da nämlich unfehlbar „Aussteig!“ und findet das so ungeheuer lustig, daß er herzhaft lacht.

Das ist die Geschichte, soweit darin das Auto eine Rolle spielt. Etwas weniger einfach zu erzählen ist die seltsame Entdeckung, die Frösche mit dem Baumfisch gemacht hat.

Das ist so gekommen: Die Mutter plaudert viel mit Frösche. Eines Tages ist die Rede auch auf eine geplante Sommerreise gekommen, auf die sich die ganze Familie freut. Mutter malte Frösche die Herrlichkeiten bis ins kleinste aus, die Eisenbahnfahrt, die Ankunft auf dem Dorf, den Wald mit seinen vielen Bäumen und Vögeln. Sie erwähnte schließlich auch das Tasein eines Bades, in dem Fische schwimmen.

Frösche horchte sehr aufmerksam hin und konnte auch bis zuletzt folgen, denn alles, was Mutter da erzählte, kannte er vom eigenen Ansehen. Eisenbahn — das ist Auto, Aussteigen — das ist sehr

abgegeben worden. Sie dienen als willkommene Erfrischung besonders für Kinder und Frauen bei Spaziergängen. Die Kinderbemittelten sind in höherem Grade genötigt, diese Flüssigkeiten zu kaufen, die Wohlhabenden bereiten sich ihre Limonaden in der Regel aus selbst-erzeugten Fruchtjäften. Darum ist die Limonadensteuer ein bitteres Unrecht. Sodann sollen die Kriegsabgaben im Post- und Telegraphenverkehr noch ausgedehnt werden, wodurch man 125 Millionen Mehreinnahme zu gewinnen hofft. Schließlich aber wird als größte neue Steuer die verschärfte Warenumsatzsteuer vorgeschlagen, wovon man sich nicht weniger als 1 Milliarde Mehrertrag verspricht. Diese Steuer, die bei jedem Umsatz erhoben wird, also wenn eine Ware vom Urstoff bis zum fertigen Erzeugnis zehnmal in andere Hände übergeht, auch zehnmal bezahlt werden muß, soll von 1 vom Tausend auf 5 vom Tausend erhöht und daneben soll eine Luxussteuer erhoben werden, die beim Übergang der Ware an den Verbraucher mit 10 vom Hundert, bei Goldwaren und Edelsteinen mit 20 vom Hundert fällig wird. Aber selbst diese Luxussteuer würde die geringbemittelten Volksschichten wieder treffen, wenn sie zum Beispiel nach der Vorlage für jede kleine goldene oder silberne Brosche, für jeden billigen Pelztragen gefordert würde. Es müßte wenigstens eine Preisgrenze festgesetzt werden, unterhalb welcher die Steuer nicht erhoben wird. Doch bliebe auch dann die Umsatzsteuer im ganzen eine ungerecht wirkende Last, da sie jeden Umsatz notwendigen Lebensbedarfs ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit mit 5 vom Tausend treffen würde. Ob der Anregung entsprochen werden wird, wenigstens die unentbehrlichsten Massenlebensmittel bei dieser Steuer schonend zu behandeln, ist abzuwarten.

Im ganzen ist zu dem Kriegssteuerprogramm für 1918 zu sagen, daß es den Ansprüchen der sozialen Gerechtigkeit nicht im mindesten genügt. Das haben auch die bürgerlichen Parteien zugeben müssen. Es ist denn auch der Versuch gemacht worden, noch eine kräftige Besitzsteuer in dies Programm einzufügen. Abgeordnete aller Parteien mit Ausnahme der Konservativen haben im Reichstag beantragt, sofort eine Reichssteuer vom Einkommen, eine erhöhte Steuer vom Mehrein-

kommen gegenüber dem letzten Friedensjahr, sofern das Einkommen mehr als 20000 Mk. beträgt, und eine Reichssteuer vom Vermögen zu erheben. Diese Steuern sind zunächst nur einmalig gedacht, können aber in künftigen Jahren leicht wiederholt werden, wenn der Geldbedarf, woran nicht zu zweifeln, ein großer sein wird. Etwa 1200 Millionen sollen durch diesen Antrag der Reichskasse zugeführt werden. Da die übrigen neuen Steuern, wenn sie genehmigt werden, erst in der zweiten Hälfte des Jahres, einige, wie die erhöhte Branntweinsteuer und die Zölle auf Tee, Kaffee, Kakao vorläufig wegen Stoffmangel überhaupt nicht fließen, bekommt das Reichsschatzamt mit seinen Vorschlägen den gewünschten Betrag von 3 Milliarden im Jahre 1918 nicht herein. Die 1200 Millionen sind als Ersatz hierfür gedacht. Es ist indessen noch fraglich, ob der erwähnte Antrag Gesetz wird, denn die einzelstaatlichen Finanzminister wollen dem Reich nicht gestatten, Einkommen und Vermögen zu besteuern, höchstens eine Erfassung des Mehreinkommens wollen sie zulassen. Der Reichstag kann aber, wenn er will, die Finanzminister zum Nachgeben zwingen. Er könnte auch die sehr ergiebige Quelle der Erbschaftsteuer erweitern, wenn er nur den Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion entsprechen wollte. An Möglichkeiten, aus dem Besitz hohe Steuereinnahmen herauszuholen, fehlt es überhaupt nicht in einer Zeit, in der eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kriegswucherern Reichtümer auf Reichtümer häuft, die der leidenden Menschheit ausgefaugt werden. Geht der Reichstag an diesen Möglichkeiten vorbei und belastet die Armen, so sät er eine Saat, die den bürgerlichen Parteien sehr unerwünschte Früchte tragen wird.

Aus unserer Bewegung

Genossin Benz †. Aus Köln wird uns geschrieben: Eine vorbildliche Genossin, Frau Sibylla Benz in Köln-Ehrenfeld, ist am Himmelfahrtstage an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Genossin Benz gehörte der Partei seit dem Jahre 1906 an. Sie stammte aus einem keritalen Dorfe und hat sich unter schweren Kämpfen mit ihrer Familie der Partei angeschlossen. In diesen zwölf Jahren arbeitete sie unermüdet für die sozialdemokratische Frauen-

lustig; Wald, Bäume, Vögel — darüber bestand kein Zweifel. Aber Bach und Fische! Frösche tramt angestrengt in seinen Erinnerungen, aber weder Bach noch Fische sind darin zu finden.

Eine Stunde später kam Vater von seinem Spaziergang zurück. Er hatte sich kaum hingesezt, als Frösche auch schon dasah und seine Neugierigkeiten mit wichtigem Grüblergesicht vorbrachte. Die Unterhaltung ist nicht ganz einfach und für jemand, der Frösches Mundart nicht beherrscht auch voll Rätsel. Frösche spricht nämlich vorerst noch eine Art Stenographie. Wer diese Kurzschrift nicht übersehen kann, steht vor Frösches Redetalent so hilflos wie vor einem stenographierten Schreiben jemand, der nicht stenographieren kann.

„Auto“ und mehrere energische Vorwärts- und Rückwärtsbewegungen der Arme. ... Aha, Frösche will sagen, daß er fährt. „Aussteig!“ und der schmählich mißlingende Versuch, eine Lokomotivpfeife nachzuahmen. Hm, hm — der Zug hält. Frösche ist an Ort und Stelle. „Wald“, „Beim“, „Viele Wisch“ und ein Hochheben der Hände, was zu bedeuten hat, daß „Viele Wisch“ auf den Bäumen zu suchen sind. Was ist das? Vater kann nicht mehr mit, und die Mutter muß als Dolmetscher hergeholt werden.

Nun klärt sich das Rätsel rasch auf. Frösche kommt in den Wald mit Bäumen, und auf diesen Bäumen sind viele Fische. Da schau einer her! Was der Naturwissenschaft bis heute unbekannt geblieben war, hat Frösche ruhmreich entdeckt — ein Fabelwesen, den Baumfisch!

Glückliche Kinderphantasie, die sich ein Wunderland erfindet mit Bäumen, darauf Fische singen.

Fahrten ins Himmelblau.

Die Häuser der ... Straße wundern sich jeden Freitagnachmittag sehr über das ungleiche Paar, das da drunten auf dem Pflaster spaziert. Seite an Seite mit einem erwachsenen Mann stapft ein Vöblein im Alter der ersten Hofen. Wenn es so neben dem großen Kerl hersteigt, reicht es dem Knapp bis an die Knie. Doch hält es munter Schritt, läuft wohl auch voraus, wenn es beliebt, und macht an jedem Kanal- ausguß halt, um das Rohr sachverständig zu untersuchen.

Frösche geht mit dem Vater spazieren. Sie haben sich darüber geeinigt, daß der Freitagnachmittag ein für allemal dem gemein-

samen Ausflug gilt. Auf der weiten Welt gibt es keine dringende Arbeit, die Frösche zum Verzicht bewegen könnte, und das Weiter muß schon hundeschlecht sein, um überhaupt in Frage zu kommen.

Der Weg, den beide Spaziergänger einschlagen, ist ziemlich genau festgelegt. Es ist ein Weg, den ein Erwachsener vielleicht beim ersten Begehen reizvoll findet. Frösche entdeckt noch jetzt, nachdem er ihn schon zwölfmal hin und her ausgemessen hat, Schönheiten und Wunder.

Eben hat Frösche einen dünnen Ast aufgehoben; er dreht ihn einige Male in der Hand herum, worüber ihm eine Erleuchtung wird. Ohne Umstände setzt sich der kleine Mann auf den Weg und krizelt allerlei geheimnisvolle Zeichen in den Sand. Als wohl- erzogener Mensch bleibt der Vater dabei stehen, was Frösche durchaus nicht einleuchten will. Warum setzt sich der Mann nicht auch? Die freundliche Einladung hierzu scheint er übersehen zu haben. Nach Frösches Meinung ist es entschieden bequemer, bei seiner Tätigkeit zu sitzen. Aber wenn Vater schon nicht sitzen will, so soll er ihn doch wenigstens ungeschoren lassen und nicht durch fortwährendes Zupfen am Armel die Kreise stören, die Frösche zeichnen möchte. Was, er soll aufstehen? Es ist gar nicht einzusehen, warum. Hier sitzt es sich sehr angenehm, und der Platz ist noch lange nicht mit Figuren ausgefüllt.

Die Aussprache über die Notwendigkeit, im Sand zu Malen, wird ziemlich erregt und findet ihr Ende erst, als Frösche plötzlich auf Vaters Arm sitzt, ohne daß er danach verlangt hätte.

Surra! ein Sandhaufen! Daß der eigens hier abgeladen wurde, damit Frösche auf ihm kugelt, unterliegt doch wohl keinem Zweifel. Der Vater sieht das als vernünftiger Mann auch ein. Die Lustbarkeit ist groß, und der Spaziergang könnte für Frösche an diesem Sandhaufen enden. Er wär's zufrieden. Aber das paßt natürlich wieder dem Vater nicht, dem leider jeder Sinn für die Schönheit des Sandhaufens fehlt.

Also wieder fort! Aufmerksam trollt Frösche vor dem Vater her, die Augen blitzen nach rechts und links, damit ihnen ja nichts entgeht. Plötzlich kreischt Frösche auf und verfällt in einen gelinden Trabl! Was für ein Ding ihm den Wonnekrei entlockt, ist noch nicht zu erkennen. Vater beschleunigt den Schritt und kommt eben

Bewegung. Auch in der Distriktsleitung des Sozialdemokratischen Vereins war sie tätig. Als bei Beginn des Krieges ihr Mann, der Kassierer des Sattlerverbandes war, eingezogen wurde, übernahm sie auch diese Geschäfte und hielt die Gewerkschaft in schwerer Zeit hoch. Sobald der Ruf zur Mitarbeit in der Kriegsfürsorge erging, winkte ihr neue Arbeit. Sie wurde die erste sozialdemokratische Armenpflegerin in Köln. Die Frau, die so bewundernswert arbeitete, war Mutter von sechs unmündigen Kindern, das jüngste kaum ein Jahr alt. Aber diese große Kinderlast und die jahrelangen schweren Sorgen als Kriegerfrau hinderten sie nie an treuer Pflichterfüllung für die Partei. Sie hat viele Männer beschämt. Ihr Beispiel kann allen Frauen zeigen, was eine der Ihren zu leisten vermag. Ehre dem Andenken dieser tapferen Kämpferin.

km. Wirs-Rees (Bezirk Niederrhein). Auf der Kreisokonferenz des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins am Sonntag, dem 12. Mai, konnte der Sekretär des Kreises, Genosse Müller, berichten, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder von 364 vor dem Kriege auf 959 am Schlusse dieses Geschäftsjahres gestiegen ist. Im Friedensgeschäftsjahr 1913/14 wurden 4588 Frauenbeiträge zu 15 Pf. umgesetzt und im Jahre 1917/18 dagegen 14162. Von 48 während des Krieges bisher abgehaltenen öffentlichen Versammlungen haben 15 besonders für Frauen stattgefunden und außerdem 38 Mitgliederversammlungen der Frauen mit Vorträgen. Die Einklassierung der Beiträge der Frauenmitglieder wird fast in allen größeren Orten durch Frauen selbst besorgt. Die Frauen nehmen auch im übrigen lebhaften Anteil an der Arbeit der Partei im Kreise. Auf der Konferenz waren 17 Genossinnen als Delegierten anwesend und beteiligten sich alle rege an den Debatten. Genossin Müller aus Linfort gab in der Diskussion über einen Vortrag: Die politische Lage und die Zukunftsaufgaben der Partei, der Entrüstung der Frauen Ausdruck darüber, daß man wohl an die Pflichten der Frau in Preußen denke, aber nicht an ein gleiches Staatsbürgerrecht der Frauen. Sie forderte zur raslosen Arbeit für das Wahlrecht der Frauen, für bessere Verhältnisse und besseren Schutz der Mütter und Kinder auf.

-s. München. In der letzten hiesigen Gesamtausführung der Partei wurde ein Antrag auf obligatorischen Bezug der „Gleichheit“ für die weiblichen Parteimitglieder in München gestellt. Der Antrag wurde nach längerer Debatte dem engeren Ausschuss überwiesen. Öffentlich wird er da nicht begraben. Die nächste Generalversammlung, die sich mit der Neuregelung der Parteibeiträge beschäftigen wird, würde den weiblichen Mitgliedern der Partei einen

großen Dienst erweisen, wenn sie im Sinne dieses Antrages beschließen würde. Die vielfachen neuen Aufgaben, denen die ertwerbstätige Frau jetzt gegenübersteht, macht die ständige Lektüre eines Frauenblattes zur gebielerischen Notwendigkeit. Ganz besonders gilt das aber für diejenigen Genossinnen, welche im gewerkschaftlichen und sonstigen sozialen Leben tätig sein müssen. Aber auch der Frau als Mutter gibt die „Gleichheit“ manche wertvolle Anregung. Bei der außerordentlich starken Tätigkeit der bürgerlichen Frauen in München ist eine bessere Schulung unserer weiblichen Mitglieder dringend nötig. Die verhältnismäßig geringen Kosten, die der obligatorische Bezug erfordert, können leicht getragen werden, da der Bezug der „Gleichheit“ auch zugleich ein gutes Werbemittel ist. Für regelmäßige Berichterstattung über die Münchener Frauenbewegung auf allen Gebieten wird die „Gleichheit“ künftighin Sorge tragen.

ab. Aus Württemberg. Am 5. Mai fand in Stuttgart eine Frauenkonferenz statt, zu der eine Reihe Vertreterinnen des Landes und aus Stuttgart selbst erschienen waren. Vom Parteivorstand war Genossin Juchacz anwesend. Nach einleitenden und berichtenden Worten des Landesvorstands Genossen Fischer und des Parteisekretärs Genossen Wasner sprach Genossin Juchacz über das Thema: „Wie gewinnen wir die Frauen für die Partei?“ Innerhalb der Organisationen sollten die Frauen die Möglichkeit und Bewegungsfreiheit haben, ihre Sonderinteressen zu vertreten unter Wahrung des Einverständnisses mit den Ortsausschüssen. Die Möglichkeit zur Mitarbeit und zur Besetzung aller Posten in der Partei wäre für die Frauen überall vorhanden. Besonderen Wert legt sie auf die Heranbildung und Heranziehung der Frauen zur praktischen Mitarbeit. Mit der Gewinnung weiblicher Mitglieder allein ist es nicht getan. Um den Geist der Genossinnen muß geworben werden.

Die äußerst lebhafteste Diskussion zeigte das große Interesse für die mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Vielfach wurde gellagt, daß die Männer den Frauen noch so viel Schwierigkeiten machen. Allgemein wurde die Anstellung von Sekretärinnen als dringend notwendig bezeichnet. Die praktische Mitarbeit ist oft erschwert, da sie fast überall ehrenamtlich ausgeübt werden muß. Genossin Juchacz zeigte an dem Beispiel von Köln, wie geholfen werden kann: die Partei gibt den Frauen Entschädigungen für die aufgewandte Zeit.

Das zweite Referat hielt Genossin Bloß als Vorbereitung zu dem Thema: „Frauenarbeit und Frauenschutz“, das auf die Tagesordnung des nächsten Parteitag gesetzt werden soll und für das schon heute die Genossinnen interessiert werden müssen. Die Frauen-

recht, als Frösche sich bückt und sich mit strahlendem Gesicht ein Ding unter die Nase hält, das von einem schmutzigen Papierfetzen kaum zu unterscheiden ist. Dazu kräht er seelenvergnügt und aus Leibestraften „Wivi! Wivi!“ Es ist also eine Hühnerfeder, wirklich nicht mehr als eine Hühnerfeder, vom Wind durch mehr als eine Gasse geschleift. Für Frösches Einbildungskraft genügt die Feder, einen ganzen Hühnerhof zu sehen. Er hat neben Blumen nichts mehr ins Herz geschlossen als Hühner und ähnliches Flugzeug.

Auf dem ganzen Weg macht Frösche Entdeckungen solcher Art. Bald ist es ein Grassalm, den er dem Vater mit groß fragenden Augen vorhält, bald ein Stein, von dem Frösche hartnäckig behauptet, es wäre ein Ei, weil Eier eine Lieblingspeise von ihm sind. Nichts ist klein und unscheinbar, Frösche verfällt in Entzücken und Bewunderung, und jeder Laut, den er dazu ausstößt, ist eine Schmeichelei für die Welt, in der nach Frösches Meinung alles schön und vortrefflich bestellt ist.

Diese Fahrten ins Himmelsblau sind für Frösches Vater eine gute Schule der Geduld, bekannt als jene menschliche Tugend, die nach übereinstimmendem Zeugnis aller Weltweisen nicht leicht zu erwerben ist. Frösche ist ein guter Lehrer zur Geduld, er hat Zeit und verschwendet sie mit vollen Händen. Woran franten aber wir klugen, erwachsenen Menschen mehr als an unserer Armut an Zeit? Der Gang mit einem Kind über eine kleine Wegstunde offenbart uns erst, wie wenig Zeit wir eigentlich haben. Der Gang mit einem Kind ist aber auch eine Andacht, ein Sichversenken an Kleines und Kleinstes in der Welt, besser als Gottesdienst in Kirchenmauern. Das Kind führt uns hin zum Unbemerkten, zum Überschnenen, und selbst der größte Künstler muß sich beugen vor dem reinen und tiefen Schauen des Kindes, das viel mehr sieht als alle Klugheit und Erfahrung.

Heimkehr.

Daß immer noch die Rosen blühen
wie damals, als ich euch verließ,
daß immer noch die Kinder lachen,

daß immer noch die Menschen sind
wie einst. . .
Dies alles ist so seltsam fremd,
als hätt' ich stets in Rauch und Blut
als hätt' ich stets in Haß und Wut
gelebt. —

Daß noch der Wälder Zauberhauch
und immer noch der Felder Bunt
wie damals, als die Amsel sang
wie heut. . .
Und daß im Grün das junge Paar
so frohverliebt und lebensvoll,
so rosenrot und kindertoll, —
dies sahste nie so seltsam mich
wie heut.

Ach könnte ich das Leben doch
nur einmal so umfassen noch
wie Kinderlachen, Rosenglut,
wie Lust und Liebe und
wie einst. . .
Ich küsse meiner Kinder Stirn,
ich suche ihrer Mutter Mund
und wünsche nur das eine noch:
Das Einst. . .

Das Einst, als ich in meinem Glück,
mit Freund und Bruder, Weib und Kind,
durch maibesonnte Felder schritt
am Feiertag.
Und glaubte, hoffte wie ein Kind,
daß doch dereinst der Rosen Glut,
daß doch der Kinder Lachen einst
ein schön'res, hell'res Morgen schau
als heut. . .

Julius Terzag.

arbeit ist in völliger Umwandlung begriffen. Der Krieg hat ganz neue Verhältnisse geschaffen. Mit dem Kriege wird die Frauenarbeit nicht aufhören. Vor dem Kriege, wo ein starkes Überangebot an weiblichen Arbeitskräften vorhanden war, mußten die Frauen unter den ungünstigsten Verhältnissen schlechtbezahlte Arbeit verrichten. Heute braucht man die Arbeitskraft der Frau und ist genötigt, sie besser zu bezahlen. Mann und Frau müssen gemeinsam für Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und dafür kämpfen, daß die gleiche Leistung bei Mann und Frau gleich gelohnt wird. Der Gedanke des Arbeiterinnenschutzes hat an Boden gewonnen. Der beste Kinderschutz ist der Frauenschutz und die Bereitstellung ausreichender und gesunder Wohnungen. Die Frauen bedürfen eines viel wirksameren Schutzes gegen Gifte und Maschinengefahren. Besonders nachdrücklich muß dem Krebschaden der Heimarbeit zu Leibe gegangen werden. Die Fürsorge für Mutter und Kind, die im Kriege erreicht wurde, muß nicht bloß erhalten, sondern ausgebaut werden. Der nächste Parteitag wird sich mit allen diesen Fragen beschäftigen. Wir sind entschlossen, alles für die Menschheit zu tun, aber nichts ohne die Frau.

Im Anschluß an die Konferenz sprach Genossin Juchacz noch in verschiedenen württembergischen Orten zu den Themen: „Friedenshoffnungen und Friedenswünsche der deutschen Frauen“ und „Die Frau als Mutter und Staatsbürgerin“. Überall betonte sie die Notwendigkeit der Teilnahme der Frauen am politischen Leben.

Vom Fortgang des Frauenrechts

Eine eindrucksvolle Kundgebung für das Frauenwahlrecht fand am 25. April im großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses in Form einer öffentlichen Frauenversammlung statt. Während des Krieges hat noch keine Frauenversammlung in Hamburg getagt, die einen so starken Besuch aufzuweisen hatte wie diese Frauenwahlrechtsversammlung. Ein Beweis, daß auch die Frauen wieder am politischen Leben Interesse gewinnen. So fand denn auch das Referat der Genossin Bally Zeppler-Berlin: „Ist in den staatsbürgerlichen Rechten die Frau dem Manne gleichzustellen?“ sehr aufmerksame Hörer und stürmische Zustimmung.

In der Diskussion gaben Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenorganisationen Hamburgs zustimmende Erklärungen ab. Ferner sprach Genosse Gruenwaldt als Mitglied der bürgerlichen Wahlrechtskommission, die sich zurzeit mit der Reform des Wahlrechts zur Hamburger Bürgerschaft beschäftigt.

Romain Rollands Beethoven.*

Groß müssen wir sein, nicht es scheinen.
Romain Rolland.

Man hat — bei Gelegenheit der „kritischen Würdigung“ von Romain Rollands großem Roman „Johann Christoph“ — den Versuch gemacht, den Dichter als „deutlich“ zu erklären. Welcher Fehler, welches Mißverstehen! Rolland ist Dichter; seit wann aber ist der Poet Eigentum der Nation, die ihn gebar? Seine aus feelscher Individualität strömende Poesie stellt ihn in die allumfassende Internationale des Geistes, in das Reich, in dem sich alle Nationen zusammensuchen, in dem die wahrhaftige Basis des Völkerriedens der Zukunft begründet liegt. Die Kunst besitzt nicht Zweck, um mit Molo zu sprechen; ihre Mission ist, alles Trennende zu eimen. Die Harmonie des Geistes ist es, die die Völker, die Nationen eint, die Kunst ist der Morgenstern der neuen Zeit, denn nur aus ihr erblüht Frieden und Freiheit.

Eine spätere Zeit wird noch weit klarer als wir zu erkennen vermögen, was Rolland war, dieser Franzose, dieser — Mensch. Sein „Johann Christoph“ ist eines der Fundamente der Zukunft, sein „Beethoven“ nicht minder. Dieses dünne Buch mutet an wie ein Wort gewordenes Werk Beethovens selbst; alle Empfindungen werden bei seiner Rekläre in uns wach; köstliche Klänge klingen an unser Ohr, und am Schluß erfüllt uns nur Bewunderung und Ehrfurcht.

Ein paar Worte aus der Vorrede offenkundig deutlicher als alles andere das, was man als die „Tendenz“ des Buches bezeichnen würde, wenn es eine hätte. Worte des stolzen Mutes, der vertrauensvollen Hoffnung, der allmenschlichen Liebe, wie sie nur ein Mensch sprechen kann, der im edelsten Sinne Mensch ist.

„Das Leben ist hart. Es ist ein täglicher Kampf für sie, die sich nicht feelscher Mittelmäßigkeit hingeben wollen. Ein trauriger Kampf ist es meist, der ohne Größe, ohne Glück, in Einsamkeit und Schweigen ausgefochten wird. Armut drückt sie, bittere häusliche Sorgen, aufreibendes törichtes Tagewerk, das unnützig Kräfte verschlingt: ohne

* Das Buch ist bei Max Rascher, Zürich, in der Reihe der „Europäischen Bücher“ erschienen.

Die einmütige Forderung der Versammelten nach Gewährung völliger staatsbürgerlicher Gleichstellung kam durch die einstimmige Annahme nachstehender Entschliebung zum Ausdruck.

Die am 25. April d. J. im Gewerkschaftshause tagende, von 1500 Personen besuchte öffentliche Frauenversammlung fordert die politische Gleichstellung der Frau, die in der Gewährung der staatsbürgerlichen Rechte zum Ausdruck kommen muß.

Daß die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau, die sie innerhalb und außerhalb der Familie bekleidete, schon vor dem Kriege ein Anrecht auf Erfüllung der Forderung, um so mehr in der heutigen Zeit, da der Weltkrieg eine völlige Umwälzung der Volkswirtschaft herbeiführte und damit auch die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau von Grund auf verändert hat. Die soziale Fürsorge, Landwirtschaft und Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr konnten nur durch die tatkräftigste Mitarbeit der Frau aufrechterhalten werden. Auch nach Friedensschluß wird Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens von der weiteren Mitarbeit der Frau wesentlich abhängig sein. Diese veränderte Stellung der Frau bedingt denn auch die völlige staatsbürgerliche Gleichstellung mit dem Manne, deren Anerkennung durch die gesetzgebenden Körperschaften unter den heutigen Verhältnissen nicht länger mehr verweigert werden kann.

Daher richtet die Versammlung an die bürgerliche Wahlrechtskommission das dringende Ersuchen, bei ihrer Beschlußfassung über die Reform des Wahlrechts zur Bürgerschaft auch der Frau die Staatsbürgerrechte nicht zu versagen.

In Altona, Bergedorf, Schiffbed sprach die Genossin Zeppler über das gleiche Thema in gutbesuchten Frauenversammlungen, die eine im Sinne der Hamburger gehaltene Entschliebung einstimmig annahmen.

Vom Frauenrecht in Württemberg. Auf verschiedene Eingaben wegen des Frauenstimmrechts hat der Staatsrechtliche Ausschuß der württembergischen Zweiten Kammer eine Entschliebung vorgelegt, in der die Kammer mit der Regierung die Forderung nach Gewährung des kommunalen und parlamentarischen Wahlrechts an die Frauen ablehnt, dagegen in der weiteren Heranziehung von entsprechend vorgebildeten Frauen als sachverständige Beiräte in allen die Frauenangelegenheiten berührenden Maßnahmen ein geeignetes Mittel zur Erweiterung des Einflusses sieht, der nach den Erfahrungen der Kriegszeit den Frauen im Interesse der Allgemeinheit gewährt werden soll. Die Heranziehung weiblicher Beamten für diese Maßnahmen soll durch entsprechende Ausbildungseinrichtungen gefördert werden. — Also ein gnädiges Almosen an Stelle des Rechts!

Hoffnung, ohne einen Schimmer von Freude sind die einen getrennt von den anderen, ohne den einzigen Trost, den Brüdern im Unglück die Hand reichen zu können, den Brüdern, die sich nicht kennen untereinander.“

Und die doch so eng, so innig verbunden sind durch ein Denken, ein Fühlen, die — einstweilen noch — Objekte eines egoistisch-ehernen Schicksals sind. Aber Häufte des befreiungringenden Geistes donnern an den Panzer dieses Schicksals; die Zukunft wird ihn zerschmettern — sie wird ihn zerschmettern! — und aus dem Tode des Allzumenschlichen wird Menschlichkeit, wird Liebe strömen. Denn: „Wir stehen nicht allein im Kampf: Die Nacht, die über der Welt liegt, erhellt göttliches Licht. . .

Nicht sie nenne ich Helden, die durch den Gedanken oder die Kraft gefiegt haben; sie, ganz allein sie sind es, die kraft ihres Herzens groß waren. Wie einer der Größten unter ihnen gesagt hat, er, dessen Leben ich hier erzähle: „Ich kenne keine anderen Vorzüge des Menschen als diejenigen, welche ihn zu den bessern Menschen zählen machen.“ Wo der Charakter nicht groß ist, kann es der Mensch, kann es der Künstler nicht sein, auch nicht der Mann der Tat. . . Groß müssen wir sein, nicht es scheinen.“

Rolland, der Mensch, der Dichter und Künstler, schenkt uns die volle Erkenntnis des Menschen, des Dichters, des Künstlers Beethoven. Ober ist der Komponist nicht Dichter? Ist sein Werk nicht Poesie der ringenden, Göttlichen suchenden Seele, die, ewig im Kampf mit dem Gott und dem Menschen in sich selbst, in vollstvollem Erschauern, in tiefstem Ersehnen kraft, höchste Gnade erfieht — von sich selbst: Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!

Ein Werk ist dieses Buch! Und als ich es las, empfand ich das gleiche Gefühl wie beim Lesen des Moloischen Schillerromans: das Biographien mit dem Herzen geschrieben werden müssen! Und ein Glaubensbuch ist es, ein Glaubensbuch der Zukunft, in der noch alle die unendliche Güte und Liebe schlummert, deren Menschen fähig sind, wenn sie guten Willens sind. Karl Diesel, Jena.

Von der Chelosität zur Ehrlosigkeit ist moralischen Schwächlingen nur ein kleiner Schritt.

Seum:.

Gesundheitswesen

München. Der Münchener Gewerkschaftsverein veranstaltete vor kurzem im Gewerkschaftshaus Vorträge über die Geschlechtskrankheiten. Die Vorträge fanden gesondert für Frauen und Männer statt. Der bekannte Münchener Frauenarzt, Herr Dr. Faltin, hatte sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, die Gefahren, aber auch die Mittel der Verhütung in feiner und vornehmer Weise darzustellen. Er erntete reichen Beifall und Dank.

Da der Besuch ein außerordentlich guter war, verstand sich Herr Dr. Faltin dazu, in drei weiteren Vorträgen über die Gesundheitslehre des Frauenlebens zu sprechen. In den ersten beiden Vorträgen behandelte er die Merkmale der Schwangerschaft, im dritten Vortrag die Ausstufung der Frucht, die Geburt. In zwei weiteren Vorträgen in einer Männerversammlung wird Herr Dr. Faltin noch sprechen über das Thema: Was der Mann von der Gesundheitslehre des Frauenlebens wissen muß. Wie dankbar die zahlreichen Teilnehmerinnen waren, das brachte am Schlusse der letzten Frauenversammlung Genossin Seger in herzlichen Dankesworten für Herrn Dr. Faltin zum Ausdruck.

Es kam auf dem Gebiete der sexuellen Aufklärung gar nicht genug getan werden angesichts der Schäden, die der Krieg auf diesem Gebiet angerichtet hat. Deshalb sei auch noch ein Vortrag erwähnt, den Frau Hofrat Dr. Dyppeheimer, eine sympathische Erscheinung unter den sozial tätigen bürgerlichen Frauen in München, im Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten am 4. Mai hielt. Hier waren die Zuhörerinnen zirka 500 bürgerliche Frauen. Frau Dr. Dyppeheimer behandelte das Thema: Das Verhalten bei Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß Frau Dr. Dyppeheimer den Frauen empfiehlt, bei geschlechtskranken Kriegsteilnehmern gütiges Verständnis und Verzeihung bereitzuhalten. Verständnis für die traurige soziale Kriegsercheinung ermöglichte die Erhaltung mancher Ehen und trage mehr zur Heilung bei als das Abwenden der Frauen von zurückkehrenden Kranken. Natürlich müsse auf Heilung und Wiederherstellung hingearbeitet werden.

Gewerkschaftliche Umschau

Nach dem Bericht der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften war der Tiefstand der Mitgliederzahlen in unseren Zentralverbänden Ende 1916 erreicht. Im ersten Quartal 1917 stieg die Zahl auf über eine Million (um 356000), sie dürfte mit Schluß des vergangenen Jahres 1 1/2 Millionen betragen. Ein erfreuliches Zeichen für das unerschütterliche Vertrauen, das die Gewerkschaften trotz vieler Anfeindungsversuche der unabhängigen Organisationszersplitterer in den weitesten Kreisen der Arbeiterbevölkerung genießen! Dem die Einziehungen zum Heeresdienst sind in noch gesteigertem Maße erfolgt, die Agitationstätigkeit ist durch die den Kriegszustand begleitenden Umstände gelähmt und das Rekrutierungsziel für Neuaufnahmen daher sehr eng begrenzt. Auch die Zahl der weiblichen Mitglieder ist erheblich gestiegen, sie betrug rund eine Drittelmillion; während der Kriegszeit bis Ende 1917 erhöhte sich die Zahl der weiblichen Mitglieder um 111761. Den Löwenanteil an dieser Zunahme hat der Metallarbeiterverband mit allein 57734, ihm folgen in weitem Abstände die Fabrikarbeiter mit 14658 und die Holzarbeiter mit 10930, dann die Tabakarbeiter mit 6585, die Gemeindegewerkschaften, Handlungsgehilfen, Sattler und Transportarbeiter mit über 5000.

Die alte, betrübende Erscheinung, daß ungeheuer viel neugewonnene Mitglieder der Organisation wieder untreu werden, verlor sich auch in der Kriegszeit nicht, denn es wurden mehr Neuaufnahmen gemacht, als Mitglieder überhaupt vorhanden sind; 336244 weibliche Mitglieder wurden seit Juli 1914 neu aufgenommen.

Befriedigen kann diese Zunahme der organisierten Arbeiterinnen in Anbetracht des kolossalen Umfangs, den die Frauenerwerbsarbeit genommen hat, allerdings immer noch nicht, betrug doch die Zahl der krankenversicherungspflichtigen weiblichen Mitglieder im Juli 1917 über 4 1/2 Millionen. Zu erklären ist dies wohl in der Hauptsache damit, daß die jetzt viel zur Erwerbstätigkeit gezwungenen Frauen den Beruf oft wechseln und damit die Zugehörigkeit zur Organisation leider nicht aufrechterhalten. Bei dem starken Verlust an männlichen Arbeitskräften aber wird die Frauenarbeit gerade in der Übergangswirtschaft und nach dem Kriege von großer Bedeutung sein und somit auch ihre Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen Vereinigung, um auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausreichend Einfluß zu gewinnen.

Die Generalkommission hatte auch im Berichtsjahre wieder eine große Fülle sozialpolitischer Arbeiten zu leisten, die nicht täglich der

großen Öffentlichkeit bekannt werden. Sie stand dabei in enger Verbindung mit der Gesellschaft für soziale Reform. Die Vorarbeit zur Ausgestaltung des Arbeiterrechts war eine der vornehmsten Aufgaben, ihr positiver Erfolg spiegelt sich in der Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung wider, wodurch den Gewerkschaften eine größere Bewegungsfreiheit bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen gewährleistet ist, und mit der Einbringung der Gesetzesvorlage über die Arbeitskammern, womit den Arbeitern und Arbeiterinnen nun endlich eine gesetzliche Vertretung geschaffen werden soll. Auch arbeitet die Generalkommission im Zentralkomitee des Roten Kreuzes mit, um die Kriegsbeschädigtenfürsorge in jeder Beziehung im Interesse der bedauernswerten Kriegsofopfer zu gestalten. Im besten tatsächlichen Einverständnis mit den Zentralverbänden wurde die Tätigkeit ausgeübt, nur zwei Verbände, die der Kürschner und der Handlungsgehilfen, erhoben zeitweilig Einspruch gegen die von der Generalkommission geübte Politik, ohne damit jedoch Gegenliebe bei der großen Masse der Gewerkschaftsmitglieder zu finden.

Die finanzielle Fürsorge der Gewerkschaften für ihre Mitglieder wird am treffendsten dadurch bewiesen, daß seit Ausbruch des Krieges bis zum Jahreschluß 1917 allein 120 Millionen Unterstützungsgelder verausgabt wurden, davon allein 25 1/2 Millionen Mark für Familienangehörige der zum Heere eingezogenen Mitglieder; fast 69 Millionen wurden für Kranken-, Invaliden- und Notfallunterstützungen und andere Hilfeleistungen aufgewandt.

Wie wenig die Gewerkschaften auch während der Kriegszeit auf die Führung von Lohnbewegungen verzichtet haben, zeigt die rege Tätigkeit in allen Verbänden zur Aufbesserung der Löhne und Gewährung von Teuerungszulagen. Außer einigen zentralen Tarifabschlüssen, die ohne wesentliche Änderungen nur eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer mit zeitentsprechenden Lohnerhöhungen brachten, wurden namentlich zahlreiche lokale Bewegungen geführt, bei denen auch Arbeiterinnen in hohem Maße beteiligt waren. So zum Beispiel in der Berliner Metallindustrie. Dort wurden unter Beistand des Metallarbeiterverbandes Mindeststundenlöhne von 70 Pf. für Arbeiterinnen über 18 Jahre und 60 Pf. für solche unter 18 Jahre gefordert; Affordarbeiterinnen sollen mindestens 1 Mk. die Stunde verdienen. Die Arbeitszeit soll 8 beziehungsweise 9 Stunden nicht überschreiten. Die Unternehmer suchten die Verhandlungen zu verschleppen, und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Arbeitsniederlegung kommt.

Was die Gewerkschaften aber auch durch meist friedliche Verhandlungen an Lohnerhöhungen erreichen, zeigen die Ergebnisse der Lohnbewegungen im Holzarbeiterverband. Im Jahre 1917 führte dieser Verband 1013 Lohnbewegungen, an denen 155412 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren. 50 Angriffsstreiks und 3 Abwehrstreiks wurden geführt. Außer Arbeitszeitverkürzungen und Abwehr verfruchteter Verschlechterungen wurde für jeden Beteiligten eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 11,74 Mk. in der Woche erreicht. Da 128868 Arbeiter und Arbeiterinnen daran beteiligt waren, beträgt die Lohnerhöhung in der Woche 1 1/2 Millionen Mark, im Jahre rund 75 Millionen.

Ein Gedenktag war der 1. Mai für den Buchbinderverband. Vor 25 Jahren gab sich an diesem Tage der Verband, der übrigens jetzt mehr weibliche Mitglieder zählt als männliche, ein festes zentralistisches Gefüge. Vorher bestand der Verband aus einer ziemlich losen Verbindung örtlicher Vereine, die sich nur auflösten und einen geschlossenen Zentralverband gründeten. In diesen 25 Jahren hat gerade der Buchbinderverband eine energische, aber auch sehr erfolgreiche Organisierung der Arbeiterinnen betrieben, er konnte dank der guten Organisation der Arbeiterinnen im Verufe bei Lohn- und Tariffragen deren Interessen in weitestem Maße wahrnehmen; bei Lohnkämpfen war denn auch die standhafte Haltung der Buchbindereiarbeiterinnen oft entscheidend.

Ein Arbeiterinnensekretariat der christlichen Gewerkschaften ist von diesen in Köln errichtet worden. Es soll den Zweck haben, die Arbeiterinneninteressen in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung zu vertreten. Unsere Gewerkschaften haben bekanntlich seit Jahren ein solches Sekretariat, das der Generalkommission angeschlossen ist, und von dem schon im dritten Jahre eine gewerkschaftliche Frauenzeitung herausgegeben wird, die sich einer großen Auflage erfreut.

Der Fabrikarbeiterverband erlitt durch den Tod seines Redakteurs Heinrich Schneider einen herben Verlust. Schneider war ein echtes Proletariatskind, das sich durch eigenen Fleiß und große Kenntnisse zu geachteter Stellung in der Arbeiterbewegung emporgearbeitet hatte.

Georg Schmidt.